Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 18

Vorwort: Punkt zwei : die Sachfrage

Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A. Z. Bern 1

Schweizer Kommentare für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Der Funktionär im System (3)
Jugoslawische Polemik gegen «klaren Blick» (7)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit
Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger
Verwaltung: Oswald Schürch
Postcheck: III 24616, Telephon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern
Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— **50 Rp.**

3. Jahrgang, Nr. 18 | **Bern, 2. Mai 1962** | *Erscheint wöchentlich*

Punkt zwei: Die Sachfrage

Das Abstimmungsergebnis vom 1. April hat uns vier Aufgaben gestellt, die wir nicht ungestraft übergehen können. Nachdem wir zunächst die Stimmenthaltung behandelt haben, wollen wir uns heute der Sachfrage zuwenden.

Die Tatsache, dass 285 000 Stimmbürger ein Ja in die Urne gelegt haben, mahnt nämlich zum Aufsehen, und zwar in einer ganz bestimmten Hinsicht.

Bevor diese Frage näher untersucht wird, soll festgehalten werden, dass kein Anhänger des Atomverbotes persönlich oder menschlich zu verurteilen ist. Es ist eines jeden Schweizers gutes Recht, seine eigene Meinung zu haben, mag sie richtig oder falsch sein. Dafür wollen wir ja kämpfen. Und wenn wir einmal dieses Recht nicht mehr haben, so wird unsere Demokratie absterben.

Die Tatsache, dass diese Atomverbots-Initiative Befürworter gefunden hat, ist durchaus nicht aufsehenerregend, sondern eher erfreulich. Dass diese Initiative aber eine *so grosse* Zahl von Anhängern gefunden hat, ist dagegen alles andere als erfreulich. Wenn wir auch jene Meinung achten, die wir als falsch betrachten, so wirkt doch der Umstand beunruhigend, dass eine grosse Zahl sich der falschen Ansicht anschliesst.

Die Zustimmung zur Atomverbots-Initiative betrachten wir historisch gesehen als falsch. Sie war zum ersten ein untaugliches Mittel, um jene anerkennenswerten Ziele zu erreichen, die die Befürworter anstrebten. Sie war zum zweiten ein Unsinn, weil es sinnlos ist, über ein Atomverbot abzustimmen, solange sich die Frage der Atombewaffnung überhaupt nicht stellt. Das sind zwei entscheidende Gründe, warum die Zustimmung zur Initiative als sachlich *falsch* betrachtet werden muss. Wir wiederholen aber noch einmal, dass wir mit der Initiative nicht zugleich auch die Beweggründe der Initianten verurteilen wollen. Wir können beispielsweise den Mann, der sein Geldstück im Dunkeln verloren hat, es nun aber unter der Strassenlaterne sucht, achten und sogar verstehen. Aber wir müssten merken, wenn eine grosse Minderheit anfängt, ein solch untaugliches Mittel anzuwenden.

Das gilt nun auch für diese Initiative. Es lässt aufhorchen, wenn eine so grosse Zahl von 285 000 Stimmbürgern sich einreden liess, auf diesem Weg zum Ziel gelangen zu können. Es beweist dies nämlich, dass sie sich irreführen liess. Wir zweifeln nicht, dass das in wohlmeinender Absicht und im guten Glauben geschah; aber es bleibt eine Irreführung.

Im Abstimmungskampf entstand der Eindruck, als werde über den Atomkrieg abgestimmt. Dass die Befürworter diese Auffassung aus taktischen Gründen förderten, ist verständlich. Dass eine so grosse Zahl diese *falsche* Fragestellung akzeptierte, ist bedenklich. Es ging nicht und konnte nicht um Bejahung oder Ablehnung eines Atomkrieges gehen. Die Stimmbürger hätten in übergrosser Mehrheit diesen Hintergrund nüchtern und sachlich erkennen müssen.

Im Abstimmungskampf entstand zudem der Eindruck, als könnte ein schweizerischer Volksbeschluss für das Atomverbot im Sinne eines internationalen Vorbildes die echten Friedenskräfte stärken und so entscheidend zur tatsächlichen Abrüstung beitragen. Auch das konnte nicht zutreffen, weil wir durch eine Ländergruppe bedroht werden, bei deren Völker diese Demonstration wegen ihrer Unterjochung unwirksam bleiben musste, bei deren Führung diese Demonstration wegen ihrer Weltherrschaftspläne dafür als Ermutigung gegolten hätte. Auch diesen Umstand hätten die Stimmbürger in ihrer übergrossen Mehrheit klar und eindeutig erkennen müssen.

Weil das nicht der Fall war, weil sich vielmehr eine so starke Minderheit irreführen liess, ist Grund zur Besorgnis um unsere Demokratie gegeben. Denn diese Staatsordnung gründet auf der Voraussetzung, dass die grosse Zahl, die Mehrheit recht hat; mit andern Worten, dass unter den Stimmbürgern die Mehrheit sachlich denkt und der nüchternen Ueberzeugung zugänglich ist. Noch war das am 1. April der Fall; aber diese Mehrheit scheint zu schrumpfen: 45 Prozent der Stimmbürger blieben der Urne fern, 36 Prozent stimmten richtigerweise Nein und 19 Prozent befürworteten das Atomverbot.

Was nun? Das ist hier die Frage. Natürlich muss auch hier nach den Ursachen geforscht werden. Wir glauben sie auf zwei Ebenen zu finden, bei der Führung und beim Volk. Es wird einerseits ein Führungsproblem aufgeworfen, das nicht nebensächlich ist.

Es fehlt uns an anerkannten allgemein politischen Führern, die sich beim Volke durchzusetzen vermögen, die sich aber auch beim Volke einsetzen. Wir denken an Bundesrat Motta, der den Beitritt zum Völkerbund erreichte, und an Bundesrat Minger, der die Armeereform erfocht; wir denken an die Bundesräte Obrecht, Stampfli, Nobs und Feldmann. Damit soll kein Vorwurf an die amtierenden Landesväter verbunden sein; es ist jedoch schade, dass sie das Regieren und nicht das Verwalten einschränken müssen.

Andererseits ist nun aber auch das Problem der staatsbürgerlichen Pflicht zur ernsthaften Meinungsbildung aufgeworfen. Beim Mangel an Zeit und Interesse läuft der Bürger als Teil des Souveräns immer mehr Gefahr, gefühlsmässig statt sachlich zu entscheiden. Die direkte Demokratie, die das Volk nicht nur zur Wahl, sondern auch zur Abstimmung aufruft, ist aber nur nach Massgabe der politischen Reife des Volkes handlungsfähig. Die politische Reife ist wiederum eine Frage der Bereitschaft zur rationellen Entscheidung. Wenn sie fehlt, ist die Notwendigkeit eines Gespräches gegeben, das zur Anleitung und Belehrung führen muss.

So wie jeder Ernte eine Saat vorausgehen muss, so kann die Allgemeinheit dem einzelnen erst dann gewähren, wenn sie von ihm gefordert hat. Auch die Freiheit will dauernd neu erworben sein.

Heute sollten wir uns abgewöhnen, immer von den demokratischen Rechten zu sprechen. Wir sollten etwas mehr die demokratischen Pflichten berücksichtigen.

Das Denken ist des Bürgers erste Pflicht geworden. Er muss sich politisch an der praktischen Vernunft ausrichten; er muss sich selber zu führen lernen, damit er nicht verführt werde. Das mag kurzfristig gesehen beachtlich viel Zeit kosten, langfristig wird es Zeit sparen.

Wir sind der Souverän. Wir bestimmen das Geschick unseres Landes, auch wenn wir in Gottes Hand sind. An uns liegt es deshalb, den richtigen Einfluss am richtigen Ort auszuüben. Diese Pflicht nimmt Gott uns nicht ab, er bürdet sie uns auf. Sprechen wir uns doch aus; ein schlechter Demokrat, wer die Teilnahme am offenen Gespräch verweigert.

Peter Sager.

So führt die logische Untersuchung Ihres Vorschlages (auf einseitigen Atomverzicht des Westens) zu folgender Bilanz: Wenn ihn die Demokratien annehmen, werden wir zwar keinen Atomkrieg haben, dafür aber den kommunistischen Terror; weisen sie ihn zurück, besteht grosse Wahrscheinlichkeit, beide Uebel vermeiden zu können.

Suzanne Labin an Bertrand Russell